

## Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Katharina Schulze GRÜ**

vom 28.09.2015

- mit Drucklegung -

### **Zunehmende Gewalttätigkeit der rechtsextremen Szene: Rassistischer Überfall in Ebersberg**

Am 25. September ereignete sich in Ebersberg (Oberbayern) ein äußerst gewalttätiger und rassistisch motivierter Angriff auf einen Imbiss, bei dem zwei Personen verletzt wurden. Bereits eine Stunde vor dem Angriff verständigte einer der Geschädigten die Polizei, nachdem er, laut Pressemitteilung des Polizeipräsidiums Oberbayern Nord, beobachtet hatte, „wie zwei der später am Landfriedensbruch beteiligten Männer nach der Ankunft einer S-Bahn offensichtlich gezielt auf Ausländer und Farbige zuzogen, diese beschimpften und beleidigten.“ ( [http://www.polizei.bayern.de/oberbayern\\_nord/news/presse/aktuell/index.html/228404](http://www.polizei.bayern.de/oberbayern_nord/news/presse/aktuell/index.html/228404) ). Als die Polizei – nach etwa 20 Minuten – am Bahnhof ankam, waren sowohl Opfer als auch Täter bereits weg. Auch als die beiden Männer am gleichen Abend mit Verstärkung zurückkehren, um den Imbiss zu überfallen, verständigt der Geschädigte die Polizei. Doch dauert es nach seinen Angaben erneut „rund 20 Minuten (...), bis die Einsatzkräfte am Tatort erschienen seien.“ ( <http://www.tz.de/muenchen/region/neo-nazi-ueberfall-ebersberg-nichts-mehr-war-tz-5567191.html> ).

Der Angriff zeigt, dass die rechte Szene in Bayern zunehmend gewalttätiger auftritt. Dieser beunruhigende Trend ging bereits aus der Antwort des Innenministeriums auf meine Schriftliche Anfrage vom 2. Juli 2015 hervor. Demnach wurden allein im ersten Halbjahr 2015 60 Personen durch rechtsextrem motivierte Gewalttaten verletzt. Im gesamten Vorjahr hatte es 86 Verletzte gegeben.

Nicht zuletzt angesichts dieser Entwicklung sind auch die jüngsten Onlineaktivitäten der rechten Szene höchst alarmierend. So werden u.a. über die rechtsextreme Facebook-Gruppe „Gegen Linksradikalismus – München“ Personen, die sich für Flüchtlinge bzw. gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren, namentlich (und mit Foto) genannt, diffamiert, eingeschüchtert und – in den Kommentarspalten – zum Teil mit dem Tode bedroht.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Staatsregierung:

1. Wie bewertet die Staatsregierung aktuell die Bedrohungslage für Menschen mit Migrationshintergrund, für Flüchtlinge und für Personen, die sich für Flüchtlinge bzw. gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren?

VorAn - Dokument - ID: 22527 zuletzt geändert von Schulze, Katharina am 28.09.2015 - 16:37

1

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Status: fraktionsöffentlich seit 28.09.2015 - 16:37

Ersterfasser: Katharina Schulze

1.1 Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über organisierte Kampagnen der rechtsextremen Szene, die zur Einschüchterung von Menschen mit Migrationshintergrund, von Flüchtlingen und von Personen, die sich für Flüchtlinge bzw. gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren, dienen sollen bzw. die zur Gewalt gegen diese Personen aufrufen?

1.2 Inwiefern wurden bzw. werden die einzelnen bayerischen Polizeidienststellen angesichts der bestehenden Bedrohungslage sensibilisiert und welche konkreten Maßnahmen und Notfallpläne werden zum Schutz der genannten Personengruppen ergriffen bzw. bereitgestellt?

2. Welche konkreten Kenntnisse hat die Staatsregierung über den Polizeieinsatz in Ebersberg (siehe Vorbemerkung)?

2.1 Welche polizeilichen Maßnahmen wurden angesichts der rassistischen Beleidigungen am Ebersberger Bahnhof, die dem Angriff auf den Imbiss vorausgingen, ergriffen und welches Ergebnis hatten sie?

2.2 Wie ist zu erklären, dass trotz des vorangehenden rassistischen Vorfalles am Ebersberger Bahnhof, 20 Minuten vergingen (siehe Schilderung in der Vorbemerkung), bis die Einsatzkräfte nach der Verständigung durch den Geschädigten den Tatort des Überfalls erreichten?

3. Welche Aussagen kann die Staatsregierung über den aktuellen Stand der Ermittlungen machen?

4. Wie viele der acht Tatverdächtigen sind in der Vergangenheit bereits durch rechtsextrem motivierte Straf-/Gewalttaten aufgefallen (einzelne Straf-/Gewalttaten bitte detailliert auflisten)?

4.1 Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über Verbindungen der Tatverdächtigen zur rechtsextremen Szene?

4.2 Standen bzw. stehen einzelne Tatverdächtige unter der Beobachtung des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz?

5. Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über organisierte Online-Kampagnen der rechtsextremen Szene zur Einschüchterung und Bedrohung von Personen, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren?

5.1 Wie bewertet die Staatsregierung beispielsweise die konkreten Aktivitäten der rechtsextremen Facebook-Gruppe „Gegen Linksradikalismus – München“?

5.2 Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung zu den Initiatoren der Facebook-Gruppe „Gegen Linksradikalismus – München“ und zu deren Verbindungen zur rechtsextremen Szene?

6. Inwiefern wird den einschüchternden und bedrohenden Kommentaren, die im Kontext der Facebook-Gruppe „Gegen Linksradikalismus – München“ erscheinen, von den bayerischen Sicherheitsbehörden nachgegangen (Zahl und Stand der Ermittlungen bitte detailliert auflisten)?

7. Welche speziellen Schutz- bzw. Unterstützungsmaßnahmen bietet die Staatsregierung für Personen an, die sich aufgrund entsprechender Kampagnen von Rechtsextremen eingeschüchtert und bedroht fühlen?